Morgen-Ausgabe
No. 239 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Dienstag, 23. Mai 1911

Reichsversicherungsordnung und schwedischer Handelsvertrag im Reichstage.

181. Sitzung vom 22. Mai.

Zur Verhandlung steht das sechste und letzte Buch, das das **Verfahren** regelt. Es umfaßt die §§ 1528 bis 1754. Berichterstatter ist **Dr. Drösher** (Kons.). Einige Anträge der Sozialdemokraten zur Einleitung des Verfahrens werden nach kurzen Begründungsreden abgelehnt, redaktionelle Anträge des Berichterstatters angenommen. Die §§ 1552 bis 1573 betreffen die Entscheidung der Versicherungsträger bei der Unfallversicherung (Bescheid, Einspruch, Endbescheid). Die Sozialdemokraten beantragen bei § 1569, daß in jedem Fall der rechtzeitiger Erhebung des Einspruchs der Verletzte das Recht haben soll, vom Versicherungsamt gehört zu werden. Die fakultativen Bestimmungen sollen nach den Anträgen der Sozialdemokraten auch in den sonstigen Stadien des Verfahrens obligatorisch gemacht werden.

Abg. **Schmidt-Berlin** (Soz.) wendet sich gegen die Komplizierthheit des Verfahrens, das die Kommissionsbeschlüsse für die Rentenfestsetzung in Unfallsachen einführen. Das Verfahren sollte einfach und durchsichtig sein, damit der Arbeiter ohne Rechtsbeistand durchkommen kann. So aber ist er auf den Arbeitersekretär angewiesen, und der wird hier im Verfahren ausgeschlossen. Das neue Verfahren bedeutet nichts als eine Verschleppung und fortgesetzte neue Rentenstreitigkeiten.

Abg. Dr. **Fleischer** (Zentr.): Ich gebe die Kompliziertheit des Verfahrens zu, es ist keineswegs ideal. Hier ist vielleicht ein Ansatz zu weiterem Ausbau gegeben. Große Vorräte bringt das Verfahren aber in der Arztfrage. Das war bisher der wunde Punkt für die Versicherten. Hier wird ein ganz bedeutender Fortschritt erzielt. In Zukunft darf kein Arzt, der im Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft steht oder auch nur ihr regelmäßiger Gutachter war, mehr Vertrauensarzt des Versicherungsamts oder Schiedsgerichts oder Reichsversicherungsamts sein. Bisher war es so, daß Aerzte sich weigerten, ein Gutachten abzugeben, um ihre Stelle bei der Berufsgenossenschaft nicht zu verlieren.

Abg. Dr. **Mugdan** (Fortschr. Vpt.): Der Vorredner scheint vollkommen übersehen zu haben, daß das Einspruchsverfahren ein Ausgleich dafür ist, daß man den Versicherten den Rekurs abgeschnitten hat. Und was die Arztfrage anlangt, so sind auch da eine Reihe von Einschränkungen für den Verletzten. Herr Schmidt hat durchaus recht mit der Verschiebung durch das Verfahren, und namentlich wird die Zahl der nervösen Unfallerkrankungen sich sehr vermehren. Auch in Zukunft wird in der Regel doch nur der beamtete Arzt als Sachverständiger zugezogen werden; der Arzt des Versicherungsamts wird nicht ein Vertrauensarzt des Versicherten sein, sondern des Schiedsgerichts. Die herbe Kritik des Abg. Schmidt war durchaus berechtigt. (Beifall links.)

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vg.) spricht in demselben Sinne wie Dr. Fleischer. Das neue Verfahren ist nicht ideal, es ist ein notwendiges Kompromiß nach überaus schwierigen Verhandlungen in der Kommission.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. **Molkenbuhr** (Soz.) und **Becker**-Arnsberg (Ztr.) werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Es bleibt bei den Kommissionsbeschlüssen.

Angenommen werden weiter Anträge Dr. Droescher (Kons.) über Einzelheiten des Verfahrens, Vereidigung usw.

Steht die Entschädigungspflicht eines Versicherungsträgers endgültig fest, so kann das Reichsversicherungsamt (Spruchsenat) nach § 1662 auf Antrag ein Verfahren einstellen, das wegen desselben Unfalls gegen einen anderen Versicherungsträger anhängig ist.

Nach einem Kompromißantrage Schultz werden die weiteren Absätze dieses Paragraphen folgendermaßen gefaßt: Anstelle des Reichsversicherungsamts tritt das Bundesversicherungsamt, wenn sich der Bezirk keines der beteiligten Versicherungsträger über das Gebiet des Bundesstaates hinauserstreckt.

Der Rest des sechsten Buches und damit der ganzen Reichsversicherungsordnung wird erledigt. Beim Autor des letzten Paragraphen, § 1754, ertönt mehrfaches Bravo. Die noch ausstehende namentliche Abstimmung zu § 1341 wird, da das Haus jetzt um 3¼ Uhr noch nicht beschlußfähig ist, erst nach 5 Uhr stattfinden. Die Abstimmungen über die Resolutionen werden in der dritten Lesung erfolgen.

Die erste Lesung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Um kein Vakuum eintreten zu lassen, bedurfte es großer Anstrengungen, um den neuen Vertrag noch rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Die deutsche Ausfuhr nach Schweden betrug zurzeit 190 Millionen Mark, die deutsche Einfuhr aus Schweden 165 Millionen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und Ausfuhr des Landes spielt das für Schweden eine größere Rolle als für Deutschland; auf der anderen Seite aber ist das deutsche Interesse insofern größer, als ein ganzes Drittel seiner Einfuhr aus Schweden aus Eisenerzen besteht, gut deren gesicherten Fortbezug unsere Industrie hohen Wert legt. Der Staatssekretär gibt eine Uebersicht der einzelnen Konzessionen. Schweden hat sich unter anderem verpflichtet, während der Dauer des Vertrages sein Eisenerze nicht mit einem Ausfuhrzoll zu belegen. Bei 250 Positionen ist eine Herabsetzung des schwedischen Tarifs erzielt, bei 200 Bindung der bestehenden Sätze, zusammen für 107½ Millionen Mark, das ist 69 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Bei den groben Tischlerwaren und den Pflastersteinen mußten wir den Status quo aufrecht erhalten. In diesem Punkt, um den sich der Kampf bis in den letzten Stunden gedreht hat, war Schweden unerschütterlich. Wir mußten uns fragen, ob wir hieran, wo es sich nur um eine Einfuhr von 8,3 Millionen handelt, den Vertrag scheitern lassen sollten, und das haben wir verneint. Seinen Absatz in unseren nordöstlichen und nördlichen Gemeinden würde Schweden doch aufrecht erhalten und sich dort in den Preisen schadlos halten; ohne schwedische Steine sind unsere Gemeinden und Kreise dort garnicht in der Lage, ihre Straßen zu pflastern; sie würden, zum Schaden unserer Pflastersteinindustrie den Uebergang zu anderen Pflasterungsarten beschleunigen. Der wirtschaftliche Ausschuß ist gehört worden und hat seine Zustimmung zum Vertrage gegeben.

Abg. **Speck** (Zentr.): Schweden ist allein der nehmende Teil. Wichtige deutsche Interessen werden verletzt. Die Regierung selber glaubt nicht mit dem Abschluß dieses Vertrages eine große Tat begangen zu haben. Es war falsch, daß man ohne Gegenleistungen die Meistbegünstigung gewährte. Man sollte überhaupt zu reinen Tarifverträgen kommen: Leistung gegen Gegenleistung. Die Eisenindustrie aus Schweden soll man nicht überschätzen! Die deutsche Industrie wendet sich schon anderen Quellen zu. Gewisse deutsche Kreise sollen übrigens in Schweden finanziell beteiligt sein und schuld sein, daß die Pflastersteinindustrie so schlecht wegkommt. (Hört, hört!) Die Zollfreiheit der schwedischen Pflastersteine ist schuld an den letzten Arbeiterentlassungen in unserer Pflastersteinindustrie (Widerspruch der Sozialdemokraten), es ist auffällig, daß die Sozialdemokratie hier so wenig die Interessen der Arbeiter vertritt. Ausführ erkennen wir an die Aufrechterhaltung der Viehein- und Ausfuhrverbote. Wir stellen uns dem Vertrage nicht allzufreundlich gegenüber und machen unsere Stellung abhängig von den Verhandlungen in der Kommission, die wir beantragen.

Abg. **v. Vollmar** (Soz.): Es ist ein ausgesprochen schlechter Vertrag. Freilich können wir die Erze schwer entbehren. Aber wir haben von je her Pech mit unseren Unterhändlern gehabt. Die Schweden haben bald gemerkt, daß die Eisenindustriellen bei uns die erste Geige spielen. Was die Kommissionsberatung soll, weiß ich nicht; an dem Vertrag kann ja doch nichts geändert werden. An der zollfreien Steineinfuhr muß im Interesse unserer Steinarbeiter festgehalten werden. Der Vertrag ist schlecht, aber ein Zollkrieg ist noch schlechter, dafür stimmen wir für den Vertrag.

Hierauf wird die ausgesetzte namentliche Abstimmung über den § 1341 der Versicherungsordnung vorgenommen. Es handelt sich um die Genehmigungspflicht gemeinnütziger Maßnahmen der Versicherungsanstalten. Der Kommissionsbeschluß wird mit 184 gegen 95 Stimmen bei einer Enthaltung bestätigt.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** widmet der französischen Regierung aus Anlaß des schweren Unglücks, das sie betroffen, im Namen des Reichstags Worte herzlichster Anteilnahme mit den besten Wünschen für die Wiederherstellung des Ministerpräsidenten. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die unterbrochene Beratung des schwedischen Handelsvertrages fortgesetzt.

Abg. Dr. **Rösicke** (Kons.) spricht gegen die Einfuhr kondensierter schwedischer Milch und fordert Schutz der deutschen Fischerei gegen die schwedische Konkurrenz. Es war tatsächlich mehr zu erreichen als dieser Vertrag bringt. Die verbündeten Regierungen sind von Vorwürfen nicht freizusprechen. Der wichtigste Absatzmarkt für unsere Industrie bleibt doch immer das Inland.

Abg. Dr. **Stresemann** (Natl.): Mit großer Genugtuung ist festzustellen, daß diesmal die Vorbereitung des Vertrags in innigster Fühlung mit den beteiligten Industriekreisen erfolgt ist. Das ist wohl eine Folge der scharfen Kritik, die hier bei Besprechung des portugiesischen Handelsvertrags gehört worden ist. Von den Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses sollte der Reichstag in umfänglicherer Weise Kenntnis erhalten, denn so ist er ja ganz uninformiert. Es sind immerhin zahlreiche, bedeutsame Zollermäßigungen erzielt worden, und besonders wird unsere Textilindustrie dafür dankbar sein. In unserer Exportindustrie herrscht ja schon eine Art Fatalismus; man ist schon zufrieden, wenn der Export nicht ganz unterbunden wird. Hoffentlich gelingt es unsere deutschen Interessen an den Eisenerzen in Marokko nachträglich zu wahren.

Abg. **Oeser** (Fortschr. Vp.): Die Herren Rösicke und Speck hätten auch keinen besseren Vertrag zustande gebracht. Die Verhandlungen sind keineswegs übers Knie gebrochen worden, die deutsche Industrievertretung hat daran weitgehend teilgenommen und mit erheblichem Erfolg. Wenn der Vertrag nicht besser ist, so ist unser Zolltarif von 1902 daran schuld. Man verhandelt auf der Basis, gegenseitig keine Konzessionen zu machen. Die allgemein verbreitete Anschauung, als ob zur Schaffung neuer Handelsverträge auch der Erlaß eines neuen Zolltarifes nötig ist, ist irrig. Der Redner fordert, daß keine deutsche Ware unter fremder Flagge ins Ausland gehen sollte. Unsere Konzessionen gegenüber Schweden sind sehr bescheiden. Wir stehen glänzend da in dieser Beziehung. Die deutsche Landwirtschaft kann sich nicht beklagen, sie schneidet besser ab als die Industrie. Der Redner bedauert, daß es nicht gelungen ist, für die Portefeuillindustrie mehr herauszuholen. Ein Zollkrieg würde schwere Wunden schlagen. Wir werden daher den Vertrag annehmen. Auf Kommissionsberatung legen wir keinen Wert. (Beifall links.)

Abg. Freiherr **v. Gamp** (Rp.): Die Regierung hat den Vertrag so sorgsam vorbereitet wie noch keinen; sie hat mit den Interessenkreisen dauernd Fühlung gehalten. Die Verdächtigung des Herrn v. Vollmar gegen unsere Unterhändler, als ob sie die Interessen unserer Eisenindustrie zu flau vertreten hätten, sind unberechtigt.

Abg. Dr. **Werner-Gießen** (Wirtsch. Vg.) verliest eine Rede gegen den Handelsvertrag.

Präsident Graf **Schwerin** macht ihn darauf aufmerksam, daß das nicht zulässig ist.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Vorlage geht an eine Kommission. Das Haus vertagt sich. Dienstag 12 Uhr elsaß-lothringische Verfassungsvorlage.

Bergwerksdebatte im Abgeordnetenhause.

82. Sitzung vom 22. Mai.

Die Beratung über den Bericht der Budgetkommission, betreffend die

Lage der staatlichen Bergwerke

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Röchling** (Natl.): Der Rückgang in den Erträgnissen der staatlichen Bergwerke im Saargebiet ist unbestreitbar, und trotz der Darstellung des Oberberghauptmannes vor allem auf organisatorische Mängel zurückzuführen. Vielfach herrscht bei den mittleren und unteren Beamten das Gefühl, daß sie von den vorgesetzten Stellen nicht geschätzt werden. Dasselbe Gefühl soll auch bei den höheren Beamten schon Platz gegriffen haben. Die Löhne müssen erhöht werden, besonders für diejenigen, die Besonderes leisten. Mit der ruhigen und unbefangenen Auffassung des Kohlensyndikats in der Preispolitik sind wir einverstanden. Das Wort „Kaufmännischer Geist" kann auch als Schlagwort dienen, es ist nicht überall am Platz, aber sicherlich dort, wo Konkurrenz von privater Seite besteht, und dies gilt für die staatlichen Bergwerke in erster Linie. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Bei der Schuldfrage an dem Rückgang der Erträgnisse der staatlichen Bergwerke darf die Schuld nicht einseitig auf die Regierung geschoben werden. Wenn das Parlament auch nicht sagen muß „maxima culpa", so muß es doch an die Brust klopfen: „mea culpa". An den teilweise ungünstigen Ergebnissen ist wohl allein das Saarrevier schuld. In Schlesien und im Harz ist die Lage durchaus zufriedenstellend, in Westfalen und in Lothringen ist die Entwicklung. Das Saargebiet sind die staatlichen Bergwerke in der Entwicklung. Das Saargebiet leidet vielfach unter der rheinisch-westfälischen Konkurrenz zu leiden, während zum Beispiel die Bernsteinwerke in Palmnicken die Ergebnisse günstig beeinflussen. Wir wollen

die Schwarzseher verbannen;

denn sonst laufen wir Gefahr, daß der Finanzminister mit einer hohen Einkommensteuer kommt. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Dem Bericht der Kommission können wir nicht zustimmen. Die sozialen Lasten sind beim Staat viel höher als bei den Privaten; denn öffentliche Betriebe sollen Musteranstalten sein. Eine gewisse Rücksicht auf die Löhne in der Privatindustrie muß allerdings genommen werden (Abg. **v. Pappenheim** (Kons.).). Und auf die Preise!) Die Staatsregierung war und soll bahnbrechend auf diesem Gebiete bleiben. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Das Bild würde auch besser sein, wenn die Ausgaben für Ausbildung der höheren und mittleren Beamten auf die Unterrichtsverwaltung übernommen würden. „Kaufmännischer Geist" ist gewiß notwendig; aber vielfach stellt sich da, wo der Geist fehlt, ein bloßes Wort ein. In unseren Staatsbergwerken gehören vor allem die Techniker in den Vordergrund. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Ob die Nationalliberalen gerade Ursache hatten, hier

den „Geist des Umfalls"

wachzurufen, lasse ich dahingestellt. Ich meine: Wir fallen alle einmal um. (Heiterkeit.) Gegen Gratifikationen sind wir sehr mißtrauisch. Vom Beamtencharakter der mittleren Beamten abzusehen und zum Privatanstellungssystem überzugehen, halten wir für sehr schwer durchführbar. Zur Erniedrigung der Erstehungskosten ist eine Zentralisierung der Materialbeschaffung am Platze. Wir können im gegenwärtigen Moment keine bestimmte Stellung zum Kohlensyndikat nehmen; es drängt ja auch nicht so sehr. (Abg. **v. Pappenheim** (Kons.): Aber sehr!) Das Syndikat endigt erst 1915. Herr v. Pappenheim hat zwar gesagt, er spreche nicht parteipolitisch, aber der Schluß seiner Rede war doch sehr parteipolitisch. Er hat die Interessen der Hochschutzzöllner, Agrarier und Großindustriellen vertreten. Das war auch

der Zweck des „Ritts nach dem Westen".

Man wird plötzlich industriefreundlich, und zwar dieselbe Partei, die den Kohlenausfuhrzoll beantragt hat. Ich kann Regierung und Industrie nur bitten, gegenüber diesen konservativen Wandlungen vorsichtig zu sein. Auch Vorsicht beim Kalisyndikat! Die Regierung braucht nicht die Rolle des zurückhaltenden Gretchens, aber auch nicht die des stürmischen Liebhabers zu spielen. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Im allgemeinen hat die allgemeine Finanzverwaltung Rücksicht zu nehmen auf die Einnahmen und nicht umgekehrt. Daneben wird die Quotisierung der Einkommensteuer wesentlich zur Besserung der Finanzlage beitragen. Nach diesen Grundsätzen bitten wir, zu verfahren. (Beifall bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. **Korfanty** (Pole): Staatliche Unternehmungen können nicht allein nach dem Prinzip rechnet werden: möglichst billig produzieren und möglichst teuer verkaufen. Der fiskalische Bergbau hat in Oberschlesien besser für die Arbeiter gesorgt, als der private.

Abg. **Leinert** (Soz.): Die Kommissionsverhandlungen machen den Eindruck, als ob eine Kommission von Scharfmachern getagt hätte. Der Privatbergbau scheint unzufrieden zu sein mit der Behandlung der Arbeiter in den Staatsbergwerken. Das scheint auch die Triebfeder zur Einsetzung der Kommission gewesen zu sein. Will man den Staatsbergbau der Ausraubung durch das Privatkapital überlassen? Obwohl die Staatsbergwerke durchaus keine Musterbetriebe sind, wünschen wir nicht nur keine Verringerung der Staatsbergwerke, fordern deren Erweiterung. Die jetzige Stellung der Konservativen gegenüber dem Kohlensyndikat ist sehr bemerkenswert. Die Großindustrie hat sich aus dem nationalliberalen Lager hinüber gerettet ins freikonservative Lager, das zwar nicht im Lande, aber im Hause besteht. Der Ritt nach Köln brachte die veränderte Stellungnahme. Und das Zentrum? Hinter verschlossenen Türen arbeiterfreundlich, in der Oeffentlichkeit arbeiterfreundlich, nach dem Worte des „Zentrumsbischofs": Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Spinzig** (Freik.): Der starke Rückgang der Rente der staatlichen Bergwerke ist nicht zu leugnen. Ich kann die Erregung der Beamten verstehen, wenn man sie jetzt vertraglich anstellen will. Die Kommission wollte ihnen kein Mißtrauensvotum aussprechen. Dem Abg. Leinert möchte ich entgegenhalten, daß Deutschland in der praktischen Fürsorge für die Arbeiter von keinem Lande der Welt übertroffen wird. Die Sozialdemokraten kritisieren alles, tragen aber nicht zur Besserung bei. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Aus taktischen Gründen lehnen sie alles ab, zum Beispiel die ganzen Arbeiterschutzgesetze. Mit der Lohnbewegung für die Bergarbeiter sind wir freilich nicht am Ende, aber es sind nicht alle Wünsche immer sogleich zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. **Imbusch** (Zentr.) tritt für Besserstellung der Bergarbeiter ein.

Die Aussprache wird geschlossen.

Abg. **Hirsch**-Essen (Natl.) empfiehlt als Berichterstatter die Resolution der Kommission, wonach die Regierung Maßregeln treffen soll, um den in den Verhältnissen der höheren und mittleren Beamten und der Arbeiter klargestellten Mängeln abzuhelfen. Besonders soll geprüft werden, ob die im Saarrevier befolgte Lohnpolitik aufrecht erhalten werden kann. Ferner sollen Maßnahmen zur Verbilligung des Staatsbetriebes und zu einer stetigen Preis- und Tarifpolitik in die Wege geleitet werden.

Die Resolution der Kommission wird angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Bullenhaltung in der Rheinprovinz, geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Mittwoch 11 Uhr: Interpellation wegen des russischen Studenten Dubrowski.

Ein außerordentlicher Verbandstag der brandenburgischen Bäckerinnungen

fand gestern im Restaurant „Tiergartenhof" in Charlottenburg aus Anlaß der 200jährigen Jubelfeier der Charlottenburger Bäckerinnung statt. Ehrenobermeister Bernard-Berlin, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen und des brandenburgischen Zweigverbandes eröffnete nach 11 Uhr vormittags den Verbandstag mit einer Begrüßungsansprache, der eine solche des Obermeisters der Charlottenburger Bäckerinnung Prezcewowsky folgte.

Verbandssekretär Jung-Berlin erstattete hiernach den Geschäftsbericht.

Altmeister Müller-Berlin berichtete dann über den gemeinsamen Hefebezug und die damit gemachten Erfahrungen. Er gab zu, daß in dem Hefebezug vom Hefesyndikat anfangs Mängel stattgefunden haben, die aber überwunden seien, und empfahl allen Innungen den Bezug. Bisher haben von den 111 Innungen nur 72 Bezugsgenossenschaften. Der Verband könnte durch den Hefebezug eine jährliche Einnahme von 80000 Mark und darüber erzielen und damit manche Einrichtungen zum Besten des Bäckergewerbes herbeiführen. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion über Mängel in der Qualität und Quantität der Hefe.

Rabsahl-Berlin (zweiter Obermeister der „Konkordia") referierte hierauf über „Ein- und Verkaufsgenossenschaften" und empfahl dringend die Errichtung solcher Genossenschaften, um auch den kleinen Meistern die Existenz zu ermöglichen.

Ein neues „Stiller-Haus" in Charlottenburg. Die alte Firma Schuhwarenhaus Carl Stiller (gegr. 1867) eröffnet heute ihre 10. Verkaufsstelle in Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 45, Ecke Schillerstraße. Dieses Geschäft befindet sich im eigenen Hause, das besonders für die Zwecke der Firma in einem modernen Geschäftspalast umgebaut ist. Auch die Innenräume sind auf das Eleganteste und Zweckmäßigste, ausgestattet, und bilden, wie die meisten Verkaufsstellen der alten Stiller-Firma eine Sehenswürdigkeit. Das 10. Stiller-Haus ist daher eine Zierde für die große Kaufstraße von Alt-Charlottenburg.

Gutschein

Gültig
vom 23. Mai bis 17. Juni
für eine Familien-Anzeige bis zu 10 Zeilen Umfang oder eine „Kleine Anzeige" mit einem Stichwort als fette Ueberschrift und höchstens 9 Worten; jedes weitere Wort wird mit 6 Pfennig berechnet. Stellen-Gesuche und Angebote sowie Anzeigen für den Arbeitsmarkt, ferner geschäftliche Empfehlungsanzeigen werden nur zum üblichen Tarif angenommen. Bei Chiffre-Inseraten ist eine Gebühr von 50 Pfennig zu entrichten.

Die Anzeigen werden von allen Geschäftsstellen dieses Blattes entgegengenommen.
Bei Aufgabe von Anzeigen gegen Gutschein ist die laufende Abonnements-Quittung beizulegen.

Berliner Volks-Zeitung